

FRAGESTUNDE

Beginn. 13.45 Uhr
Ende: 14.25 Uhr

1) Amtsverschwiegenheit

GRin. **Jahn** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Jahn**: Sehr geehrte Frau Stadträtin, liebe Tatjana! Wie kann es sein, dass sensible Daten über Einzelfälle aus dem Jugendamt trotz des Gebots der Amtsverschwiegenheit immer wieder an die mediale Öffentlichkeit gelangen?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: ...und zweitens es auch im Sinne von weiteren Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit den Eltern gut ist, wenn es gelingt, mit ihnen gemeinsam klar zu machen, dass es besser ist für das Kind, wenn das Kind vorübergehend untergebracht oder wie immer untergebracht werden sollen. Jedenfalls sind Unterbringungssituationen für alle Beteiligten mit hoher Emotion besetzt und das Jugendamt tut auch dem Gesetz folgend alles, um zu deeskalieren, vor allem bei Unfreiwilligkeit. Daher werden Eltern basierend auf den bisherigen Erfahrungen der Kooperation mit der Familie im Sinne der Gestaltung einer möglichst schonenden Unterbringungssituation für die betroffenen Kinder eben so weit wie möglich in diesen schwierigen, hoch emotional besetzten Prozess für alle, auch für die Sozialarbeit, einbezogen. Manches Mal ist es aber auch notwendig, um den Schutz der Kinder zu gewährleisten, die Eltern erst nach der Abnahme zu informieren. Die Abschätzung, welche Vorgangsweise gewählt wird, erfolgt wie in allen Fällen durch ein Jugendwohlfahrtsteam, durch Sozialarbeiter, eine zweite Sozialarbeiterin, Amtspsychologin, JugendhilferferentIn usw. sind eingebunden, weil es ja wirklich eine schwierige Entscheidung ist. Wie wir unsere Vorgangsweise definieren, sind auch dem Qualitätskatalog des Amtes für Jugend und Familie zu entnehmen und sind auch auf der Homepage des Amtes für Jugend und Familie nachzulesen. Jetzt die Frage, wer wird wann verständigt? Das Jugendamt informiert

über jene Fälle, die besonders prekär, aufsehenerregend oder auch eben bereits medial nachgefragt wurden unverzüglich zunächst die zuständige Stadträtin, also mich in dem Fall, sowie den Magistratsdirektor, dieser wiederum informiert den Bürgermeister in seiner Funktion als Bezirkshauptmann. Das Jugendamt informiert generell mittels E-Mail und weil ja, und ich möchte das wirklich in aller Deutlichkeit sagen, irgendwo eine undichte Stelle sein muss in diesem Informationsfluss, darf ich darauf hinweisen, dass laut Jugendwohlfahrtsgesetz, Datenschutzgesetz, Auskunftspflicht, Amtsverschwiegenheit keine GemeinderätInnen informiert werden dürfen und ich stelle mir schon die Frage, woher sie dann Informationen haben, mit denen Sie dann an die Öffentlichkeit treten und dadurch häufig auch dafür sorgen, dass die Situation für alle Beteiligten und alle Betroffenen, insbesondere für die Familie, nicht leichter wird. Nur zur Erinnerung, gemäß § 10 Abs. 3 Geschäftsordnung Gemeinderat: GemeinderätInnen haben im übertragenen Wirkungsbereich weder ein Recht auf Akteneinsicht noch auf Auskunft. Sowohl Auskunftsrecht als auch Akteneinsicht stehen nur jenen Personen zu, die entweder selbst Partei eines Verfahrens sind, zum Beispiel Eltern von Minderjährigen, die vom A 6 betreut werden oder die ein persönliches nachweisliches Interesse an der Auskunftserteilung haben. Und hier ist bei der Auskunftserteilung und auf Akteneinsicht auf öffentliche und private Interessen von Beteiligten Rücksicht zu nehmen und eine Interessensabwägung vorzunehmen. Weiters sind GemeinderätInnen natürlich nicht mit der Vollziehung von Verwaltungsaufgaben betraut und jene Personen, die mit der Vollziehung von Verwaltungsaufgaben, also im Speziellen der Jugendwohlfahrt, betraut sind, unterliegen der Verschwiegenheitspflicht. Das kann nicht laut und nicht oft genug gesagt werden. Also noch einmal, GemeinderätInnen haben kein Einsichtsrecht in die Jugendwohlfahrtsakte, das heißt, eigentlich geht es um zwei gravierende Verletzungen, wie du auch richtig angesprochen hast. Zum einen gelangen offensichtlich vertraulich zu behandelnde Informationen an Personen, an die sie gar nicht gelangen dürfen und zum Zweiten, diese Informationen nicht vertraulich zu behandeln, sondern eben gleich an Medien weiterzuleiten. Woher die Kollegin Potzinger am Montag Details in den Medien zitieren kann, die sie eigentlich gar nicht wissen kann und wissen darf, ist mir daher selbst ein Rätsel und ich kann diese Frage nicht beantworten. Ich kann nur noch einmal betonen, leider ist das zum wiederholten Male der Fall gewesen, dass solche Informationen an die Öffentlichkeit

kommen. Ich möchte diese Gelegenheit auch benützen, um noch einmal, ein wiederholtes Mal darauf hinzuweisen, dass wir angesichts schwieriger werdender Situationen für die Familien in unserer Gesellschaft natürlich auch steigende Fallzahlen in der Jugendwohlfahrt haben, einige Zahlen dazu: Im Bereich unterstützende Erziehung waren im Jahr 2002 (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) in Summe 1.619 zu bearbeiten, diese Zahl stieg seither kontinuierlich an, 2006 waren es 2.772, heuer bis 20.11.2007 bereits 3.445 Fälle. Insgesamt hat sich also die Herausforderung für die Sozialarbeiter/Sozialarbeiterinnen eklatant erhöht, was sich leider nicht erhöht hat, ist die Anzahl der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen. Und wenn ich mir anschaue, wie intensiv jetzt die Klage darüber geführt wird, dass es immer wieder dazu kommt, dass Kinder in Familien misshandelt werden und wenn ich mir anschaue, dass jetzt eigentlich österreichweit der Ruf ertönt, der da lautet, bitte mehr Sozialarbeit einzusetzen, um solche dramatischen Gefährdungen für Kinder hintanzuhalten, so denke ich, ist es ein Gebot der Stunde, dass in der nächsten Zeit auch im Magistrat das Personal ausgeweitet wird, um solche Schwierigkeiten und Überforderungen auch der Sozialarbeiter und Sozialarbeiterinnen zu vermeiden (*Applaus SPÖ*). Wir haben derzeit 42 Dienstposten im Bereich der DiplomsozialarbeiterInnen für die Sprengel, ab Jänner 2008 gehen drei Diplomsozialarbeiterinnen, eine in Pension, eine Kündigung, eine Karenzvertretung, das heißt, es ist eine dringende Nachbesetzung erforderlich, das liegt in der Hand des Personalreferenten, also des Herrn Bürgermeister, ich bitte ganz dringend, die Nachbesetzung so schnell wie möglich, und ich sage dazu, schneller als es sonst üblich ist und üblich war, auch tatsächlich erfolgen zu lassen (*Applaus SPÖ*). Es tut mir leid, dass ich deine Frage nicht wirklich beantworten kann, ich hoffe nur, dass eine solche Frage in Zukunft nicht mehr nötig ist hier in diesem Hause (*Applaus SPÖ*).

2) Urkundenverleihung durch die Stiftung „Lebendige Stadt“

GR. **Eichberger** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und liebe Kollegen! Meine Frage richtet sich an den Herrn Stadtrat Dipl.-Ing. Gerhard Rüsich und zwar betrifft es den Ausflug vorige Woche, glaube ich, an die Nordsee, und wie ich den Medien entnehmen konnte, war nicht nur der Herr Stadtrat, sondern auch eine stattliche Anzahl an Begleitern und Begleiterinnen in Deutschland zu einer ganz wesentlichen Überreichung, nämlich eines Sonderpreises der Stiftung „Lebendige Stadt“. Insofern wurde diese Auszeichnung verliehen, weil die Stadt Graz vorbildhaft das Grazer Parkraumkonzept geboren hat und in Betrieb genommen hat. Es ist an und für sich ein positives Zeichen, was in Graz passiert. Was etwas komisch anmutet ist, dass wir im Ausschuss darüber überhaupt nichts gehört haben über diesen Preis, der als Auszeichnung für das Grazer Parkraumkonzept in Empfang genommen wurde. Angeblich war die Stadt Graz in Kiel sogar durch eine größere Delegation vertreten – Genaueres weiß ich aber natürlich nicht, da ich nur Mitglied des Verkehrsausschusses bin und wie viele meiner KollegInnen zu diesem Parkraumkonzept Beiträge geliefert und am Entstehen mitgewirkt haben. Umso mehr würden mich – und ich nehme an, auch meine Ausschuss-KollegInnen – einige Details dieses Kiel-Ausflugs interessieren: Etwa, wer alles der so genannten Grazer Delegation angehört hat, wer diesen Ausflug bezahlt hat, wie hoch die dafür anfallenden Kosten sind und ob die Auszeichnung tatsächlich ausschließlich ein Anerkennungspreis in Form einer Urkunde ist. Aber ich bin sicher, dass du uns darüber im Ausschuss ja noch informieren wirst wollen.

Vorrangig erlaube ich mir jedoch an dich als den verantwortlichen Stadtsenatsreferenten die

F r a g e

zu stellen: Wie viel an städtischen Mitteln, sprich Steuergeldern, wurden für die Urkundenübernahme in Kiel aufgewendet? (*Applaus SPÖ*)

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsich:** Lieber Klaus, ich habe mich schon gewundert, welche Fragen dich brennend interessieren (*Applaus ÖVP*). Zunächst einmal darf ich die

Gelegenheit nochmals wahrnehmen, um an dieser Stelle dem Team, dem Planungsteam, dem Umsetzungsteam, das die Grünen Zonen konzipiert und auch, ich denke, mehr als erfolgreich umgesetzt hat, auch an dieser Stelle nochmals gratulieren. Es war keine einfache Aufgabe, es war sehr schwierig und es haben sehr, sehr viele Leute nicht nur von den Planungsämtern und von der GPG, sondern auch vom Wirtschaftsbetrieb mitgearbeitet. Wie du richtig gesagt hast, sind wir ausgezeichnet worden, wir haben bei einem europaweit ausgeschriebenen Wettbewerb der lebendigen Stadt, eine Stiftung in Deutschland, die sich vor allem um die Belebung und die Erhaltung von Innenstädten bemüht, einen Preis bekommen, es war ein Sonderanerkennungspreis und zwar deshalb, weil, so war auch die Belobigung, so war auch die Auszeichnung, weil mit diesem Parkraumbewirtschaftungskonzept ein umfassendes verkehrspolitisches Konzept vorgelegt wurde. Umfassend im Sinne von flächendeckend, dem Aufbau auf Blaue Zonen, Grüne Zonen und am Stadtrand die Park-&-Ride-Anlagen sowie deren Einbindung in ein öffentliches Verkehrskonzept, also die Auszeichnung haben wir nicht für irgendeine wunderschöne Parkgarage bekommen, sondern für das umfassende Konzept und das war der lebendigen Stadt einen Sonderanerkennungspreis wert (*Applaus ÖVP*). Wir haben diesen Preis gerne persönlich entgegengenommen, mit dabei waren die wichtigen Vertreter der Arbeitsgruppe und zwar der Leiter dieser genannten Arbeitsgruppe für die Planung, für die Umsetzung Dipl.-Ing. Martin Kroißbrunner, mit dabei war Dr. Pobatschnig und der Herr Wagner vom Parkgebührenreferat sowie Günther Janezic, Direktor der GPG, und meine Wenigkeit. Zusätzlich haben wir drei Journalisten miteingeladen hinaufzufahren und zwar Gerhard Richter von der Kronen Zeitung, Hans Andrej von der Kleinen Zeitung und Mario Lugger von der Woche. Insgesamt war der Aufwand für den Flug von Graz nach Kiel und zurück für eine Übernachtung, für alle Personen sowie für das Mietauto vom Flughafen Hamburg nach Kiel in Summe von insgesamt 3.455,65 Euro.

GR. **Eichberger**: Lieber Herr Stadtrat! Unbestritten, und du weißt das, alle Fraktionen haben diesem Verkehrsraumkonzept, diesem Parkraumkonzept in Form der Grünen Zonen zugestimmt, das heißt, es geht nicht um die Sache. Es geht

einfach um den Umstand, dass 3.400 Euro hier ausgegeben wurden, um eine Urkunde zu übernehmen. In Zeiten, wo ein nicht unwesentliches Stück im Gemeinderat beschlossen werden sollte, ich meine das ECE-Stück, dass du gerade aus den Händen jenes Bauinvestors diesen Anerkennungspreis entgegennimmst, wo ein paar Tage später genau die gleiche Person als Bauträger hier eventuell in Erscheinung treten könnte.

Zwischenruf GRin. Gesek: Habt ihr eh verhindert.

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Also ich habe die Frage und damit auch die Fragestellung für dämlich empfunden und zwar (*Applaus ÖVP*) aus folgendem Grund. Und zwar ich habe das aus folgendem Grund empfunden: Wir haben im Sommer die Einladung zur Teilnahme an diesem Wettbewerb bekommen. Wir haben da mitgemacht, kein Mensch wusste damals, wann erstens der Bebauungsplan in den Gemeinderat kommt und wann die Preisverleihung ist. Jetzt ist das zeitlich zusammengefallen. Ich kann mir jetzt nicht vorstellen, dass irgendjemand annimmt, ich fühle mich da tatsächlich persönlich beleidigt, dass da irgendjemand annimmt, ich und mein Team wären so blöd und glauben, dass wir mit einem Preis, den wir zufällig zum selben Zweitpunkt bekommen, wie der Bebauungsplan eben im Gemeinderat ist, dass wir da irgendeinen Zusammenhang herstellen, sogar dazu eine Planung vornehmen. Ich weiß nicht, wie du dir das vorstellst, etwa derart, dass wir dort sagen, wenn wir den Preis bekommen, wir sollen dann eine Leistung erbringen, ich weiß nicht, was du damit meinst. Ich halte diesen Zusammenhang tatsächlich für dämlich und um es ganz ernst zu sagen, lieber Klaus, ich weiß nicht, welche Vorstellung du von Politik hast, denn es gibt ja nur zwei Möglichkeiten, die du in Betracht ziehst, entweder habe ich in meinem Verhalten im Laufe der letzten fünf Jahre dir irgendeinen Anlass gegeben zu glauben, dass ich hier ein derartiges Spiel mitmachen würde oder du denkst so (*Applaus ÖVP*). Was mich durchaus beschäftigt, wie du weißt, hat vor kurzem eine EU-weite Umfrage über das Vertrauen in Politik und Politiker stattgefunden und da sind die Politiker, glaube ich, mit 8 Prozent an letzter Stelle

gelegen. Es haben zum Beispiel Fußballer, Autoverkäufer eine höhere Glaubwürdigkeit. Ich denke mir, wenn man mit solchen Sachen spielt dann ist das mit ein Beitrag dazu, dass unser Image so schlecht ist (*Applaus ÖVP*). Das ist meine Antwort.

GRin. **Edlinger** zur Geschäftsordnung: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Herr Bürgermeister! Ich weiß, es ist Wahlkampf und da sind die Worte und die Auseinandersetzungen manchmal etwas heftiger. Doch sind wir sehr überrascht, gerade von Ihnen Herr Stadtrat Rüschi, dass Sie hier den Fragesteller, meinen Kollegen Eichberger, quasi als dämlich bezeichnen. Sie haben ihm nämlich die Antwort gegeben, sie empfinden die Frage als dämlich. Das ist unserer Meinung nach einfach klar eine Überschreitung des guten Geschmacks und eines gewissen Umgangstons hier in diesem Hause. Wir hätten uns vom Bürgermeister ein Einschreiten gewünscht beziehungsweise erwarten wir diesbezüglich eine Entschuldigung (*Applaus SPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Ich nehme gerne die Formulierung, dass ich den Fragesteller als dämlich bezeichne, zurück. Ich bleibe aber dabei, dass ich die Frage als dämlich empfinde (*Applaus ÖVP*).

3) Zukunft des Gebäudes Gabelsbergerstraße 3

GR. Mag. **Fabisch** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

Mag. **Fabisch**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Sowohl die Volksschule als auch die Hauptschule in der Keplerstraße haben erfreulicherweise weiterhin steigende

Schülerzahlen zu vermeiden. Das Raumangebot hingegen erweist sich als sehr begrenzt.

Um den wachsenden Bedarf an Klassenräumen wirklich decken zu können, sind Erweiterungen unumgänglich. Die in Nachbarschaft der Schulen befindliche Liegenschaft Gabelsbergerstraße 3 würde sich dafür optimal empfehlen. Mit einem Schlag könnten dadurch Raumprobleme auf Jahre hinaus gelöst werden.

Deshalb stelle ich an Sie, an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

F r a g e :

Sind Sie als Liegenschaftsreferent bereit, den beiden Schulen das Objekt Gabelsbergerstraße 3 für pädagogischen Bedarf zur Verfügung zu stellen? (*Applaus KPÖ*).

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Sehr geehrter Herr Gemeinderat, lieber Andreas! Im Zuge einer Diskussion um eine mögliche Verlegung der Volksschule Afritsch in die Gabelsbergerstraße, um die Marschallstraße komplett der GIBS zur Verfügung stellen zu können, wurde bereits vor einem Dreiviertel-Jahr auf Bitte der Finanzdirektion und auf meine Bitte als Finanzreferent die Möglichkeit der Nutzung als Schule seitens der GBG untersucht. Sie hat sich als sehr teure Variante herausgestellt, weil der Umbau, du weißt ja, dass die Räumlichkeiten eigentlich einem anderen Zweck ursprünglich zugeführt wurden, rund 1,3 Millionen Euro kosten würde, die derzeitige Raumkonfiguration denkbar ungeeignet ist und ein kompletter Eingriff in die tragenden Baustrukturen unumgänglich gewesen wäre. Allerdings wurde damals von der Notwendigkeit von sechs Klassenräumen, einer Direktion, Lehrmittelzimmer und einer Garderobe ausgegangen. Diese Rechnung könnte sich ein bei einem geänderten Raumbedarf in Kombination mit den benachbarten Schulen völlig anders darstellen und müsste genau untersucht werden. Das Potential für eine Schulerweiterung, vielleicht auch in Zusammenhang mit einer Nachmittagsbetreuung, bietet sich die Nachbarschaftslage selbstverständlich an und

würde auch Sinn ergeben, da das Haus Gabelsbergerstraße 3 selbständig nur über eine minimale Grundfläche von rund 100 m² verfügt, sodann eine eigenständige Einrichtung wie Hort oder Kindergarten nicht unbedingt realistisch wäre. Wir wissen auch aus dem Kontakt mit dem Schulamt und dem Leiter des Schulamtes Dr. Just, dass in den nächsten Jahren auf der rechten Murseite ein zusätzlicher Bedarf an Schulräumlichkeiten da sein wird und ich halte es für eine realistische und gute Idee, vorhandene Gebäude, Infrastruktur der Stadt für eine solche Schulausweitung zu verwenden.

Mag. **Fabisch**: Was kann man jetzt konkret den Schülerinnen und Schülern, den Eltern und den Lehrern und Lehrerinnen der beiden Schulen mitteilen, konkret?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Genau das, was ich gesagt habe, um es konkret zu sagen, das war nämlich sehr konkret. Die Planung für neue Schulen geht allerdings vom Schulamt beziehungsweise vom Schulreferenten aus. Ich habe hier meine Bereitschaft bekundet, Liegenschaften, und dazu gehört auch das Gebäude in der Gabelsbergerstraße, vordringlich diesem Zweck zu widmen, wenn sich das in einer vernünftigen Relation darstellen lässt. Dass wir Schulraum schaffen werden in den nächsten Jahren, scheint mir unumgänglich zu sein. Man muss dann aber prüfen, ob andere Varianten möglicherweise günstiger oder besser wären und ich sage jetzt noch einmal, die Prüfung, die die GBG durchgeführt hat, hat sich auf eine sechsklassige Schule samt den dazugehörigen Verwaltungsräumen bezogen. Wenn wir über vier Klassen gesprochen hätten, und das war aber nach dem damaligen Zweck nicht beabsichtigt, dann könnte das auch deutlich andere, vor allem auch billigere, Ergebnisse bringen. Was ich dir gerne zusage, dass ich das auch als Prüfungsauftrag an die GBG weitergeben werde (*Applaus SPÖ*).

4) Ankauf von Waldgrundstücken

GR. **Mayr** stellt an StR. Mag. Dr. **Riedler** folgende Frage:

GR. **Mayr**: Liebe Kolleginnen und Kollegen, Herr Stadtrat! Welche Waldgrundstücke wurden in der laufenden Gemeinderatsperiode von der Stadt Graz oder der GBG angekauft und welche Fortschritte gab es bezüglich der im Gemeinderatsstück „Waldankaufsstrategie“ präsentierten Vorhaben?

StR. Mag. Dr. **Riedler**: Danke auch dir für die Frage, die mir die Möglichkeit gibt den jetzigen Stand im Zusammenhang mit den Waldflächenentwicklungen darzustellen. Derzeit besitzt die Stadt Graz Waldflächen im Gesamtausmaß von rund 416 Hektar. Die Stadt Graz hat sich der grundsätzlichen Waldbewirtschaftungsstrategie durch das nachhaltige Waldbewirtschaftungskonzept aus dem Jahr 2001 selbst verschrieben. Der Gemeinderatsbeschluss wurde mit Herbst 2006 oder mit Gemeinderatsbeschluss wurde im Herbst 2006 das Forstreferat als Proficenter definiert und festgehalten, dass 50 % der Erlöse in Waldankäufe beziehungsweise Waldanpachtungen durch die GBG fließen sollen, das ist einmal die Ausgangssituation. Im April 2007 wurden seitens der Finanz- und Vermögensdirektion und der Abteilung Liegenschaftsverwaltung eine gemeinsame Waldankaufsstrategie als Informationsbericht an den Gemeinderat eingebracht und zwar im nicht öffentlichen Teil der Sitzung. In diesem Bericht wurden verfügbare Waldareale vorgestellt, die in den Kerngebieten der Naherholung liegen. Weiters wurden die Bedingungen für einen Ankauf wie insbesondere ein vertretbarer Preis festgehalten. Natürlich wurden der Stadt Graz und der GBG weitere Waldflächen angeboten, wobei auf Grund ihrer Lage, es handelt sich um kleine Flächen, die auch nicht an städtischen Wald angrenzen, diese Angebote nicht weiter interessant waren oder in anderen Fällen Preisforderungen überhöht erschienen. Allerdings darf berichtet werden, dass die Stadt Graz auf Grund von Verhandlungen der A 8/4 – Liegenschaftsverkehr Waldflächen erworben hat. Es handelt sich konkret um folgende: Eine Waldliegenschaft angrenzend an städtische Wälder in der Fläche von 24.873 m² am Fürstenwarteweg in der KG Algersdorf, der Kaufpreis betrug dabei 90

Cent pro Quadratmeter. Es gibt außerdem eine Fläche, die uns sozusagen ohne Preisausgleich angeboten wurde, also als Geschenk, in der Größenordnung vom 5.000 m², die im Zuge der Grunderlösverhandlungen für ein Retentionsbecken in der Ziegelstraße verhandelt wurden. Über den Erwerb einer 16.754 m² großen Liegenschaft an der Göstinger Straße wurde mit dem Eigentümer auch bereits eine Vereinbarung geschlossen und der Kaufpreis mit 85 Cent pro Quadratmeter fixiert. Es gibt allerdings noch die Erfüllung von vertraglich bereits festgelegten Bestimmungen, bevor wir endgültig in das Eigentum kommen, aber die Vereinbarung ist abgeschlossen. Außerdem hat die A 8/4 in meinem Auftrag mit dem Rechtsvertreter der Eigentümer des Steinbruchs Hauenstein Kontakt aufgenommen und versucht, diese Liegenschaft im Ausmaß von 85.000 m², von der 51.600 m² Waldflächen sind, zu erwerben. Es wurde allerdings bekannt, dass wir hier in Konkurrenz zum Naturschutzbund stehen und dieser einen Vorvertrag über den Ankauf geschlossen hat. Es ist natürlich nicht unsere Absicht, den Naturschutzbund, der ja auch mit öffentlichen Mitteln agiert, zu konkurrieren, mit Mitteln des Landes Steiermark und wir sind daher von diesen Kaufverhandlungen zurückgetreten. Sollte es zu keinem endgültigen Kauf kommen, werden diese Kaufverhandlungen in meiner Verantwortung auch wieder aufgenommen werden und meine Anweisung aufgenommen werden. Der Ankauf von 300 Hektar Waldflächen in Gösting, wir sind vor einem Kaufabschluss gestanden, wir haben den Kaufpreis endgültig verhandelt und es wurde zur Absicherung dieses Kaufpreises uns eine Bankgarantie versprochen, dieses Versprechen wurde leider letzte Woche wieder zurückgezogen und ein neues Angebot von den Verkäufern gelegt, das allerdings wieder weit über den vom Sachverständigen festgelegten Wert dieser Waldfläche liegt, sodass wir im Moment hier auch zu keinem Ergebnis gekommen sind, wie ich es gehofft habe, aber die Verhandlungen nicht zu Ende geführt sind. Sobald das bereits ausverhandelte Ergebnis auch eingehalten werden kann von unseren Vertragspartnern, werden wir auch hier, denke ich, zu dem Ergebnis kommen, dass wir den Wald ankaufen (*Applaus SPÖ*).

GR. **Mayr:** Kurze Zusatzfrage. Du hast natürlich das Thema Waldankauf angesprochen, nämlich wie weit passen angebotene Flächen zu schon bestehenden

städtischen Wäldern und da gibt es natürlich im Grazer Osten oft die Situation, dass wir dort eher Inselwälder zum Beispiel zur Verfügung haben, aber auch im Grazer Osten, wo natürlich auch aus ökonomischer Sicht möglicherweise der Ankauf und das Eingliedern in die städtischen Wälder nicht so sinnvoll ist, aber durchaus aus ökologischer Sicht und um einfach diese Waldflächen zu erhalten. Siehst du eine Möglichkeit, trotz vielleicht nicht ökonomischer Priorität doch hin und wieder auch solche Waldflächen anzukaufen?

StR. Dr. **Riedler**: Im Prinzip sehe ich diese Möglichkeit natürlich, wobei die Expertise des städtischen Försters Ing. Bedenk immer eine entscheidende Rolle spielt, weil die Bewirtschaftung ja natürlich nicht schwieriger sein soll, als es unbedingt notwendig ist. Es gibt auch einen konkreten Fall am Ruckerlberg, wo ich immer wieder aufgefordert werde von verschiedenen Fraktionen, über einen Verkauf einer Waldfläche nachzudenken. Gerade das ist eine wichtige Fläche, weil sie erstens öffentlich zugänglich ist und zweitens Nachbarschaftsstreitigkeiten da einen ganzen Pack von Problemen mit sich bringen würde, ich bin daher der Meinung, dass wir diese Flächen auch erhalten sollten und erhalten werden. Im Übrigen möchte ich noch darauf hinweisen, dass es auch bereits die Aufnahme von Verhandlungen zu einem Kauf der Liegenschaft mit der Burgruine Gösting gekommen ist und wenn es zu diesem Kauf kommen könnte, die Verhandlungen gestalten sich allerdings schwierig, dann wäre das ein ganz großer zusätzlicher Erfolg für die Stadt Graz. Ich hoffe, dass wir da im Sinne unseres Waldbewirtschaftungsplans auch in den nächsten Monaten und Jahren gute Fortschritte machen (*Applaus SPÖ*).

5) Ausbau Fröhlichgasse / Verkehrskonzept Messequadrant

GR. **Slamanig** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi** folgende Frage:

GR. **Slamanig**: Meine geschätzten Damen und Herren. Lieber Herr Stadtrat Rüschi! Meine Frage betrifft den Ausbau der Fröhlichgasse, Verkehrskonzept Messequadrant. In der heutigen Gemeinderatssitzung wollen wir ein Stück beschließen, das den Ausbau des nördlichen Teils der Fröhlichgasse zum Inhalt hat. Dieses Ausbauprogramm entspricht den Plänen des Informationsberichts Messequadrant – Stadtteilentwicklung – Verkehr vom Juli 2004 mit der Ausnahme, dass der Straßenausbau als nur einer von vier notwendigen Maßnahmen vorgeschlagen wurde. Bei den Maßnahmen zur Verhinderung der Überlastung wurden angeführt: 1. Mobilitätsmanagement, 2. Ausbau von Rad- und Fußwegen, 3. Tram-, Bus- und Bahnausbau und an 4. Stelle der Straßenausbau.

Dieses Verkehrskonzept aus dem Jahr 2004, dem dieser Straßenausbau folgt, widerspricht aber in einzelnen Bereichen den Verkehrskonzepten, die in den Bebauungsplänen im Messequadranten in der Zwischenzeit verordnet wurden. Auch würde ein Ausbau der Fröhlichgasse für sich allein keine Verbesserung der Verkehrsverhältnisse im gesamten Gebiet nach sich ziehen.

Ich richte deshalb namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

F r a g e :

Nach welchem Verkehrskonzept erfolgt der Ausbau der Fröhlichgasse? (*Applaus KPÖ*).

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüschi**: Hoher Gemeinderat, lieber Hans Slamanig! Wir haben am, wie du geschrieben hast, im Juli 2004 ein Verkehrskonzept vorgestellt im Rahmen der Entwicklung des Messequadranten, und zwar Stadtteilentwicklung Verkehr. Dieses Konzept wurde dann im Rahmen der Bebauungspläne teilweise abgeändert, unter anderem deshalb, weil die Messe andere Vorstellungen bei einigen Grundstücken hatten, etwa dem einen Grundstück direkt entlang der Fröhlichgasse und wir haben auf Grund dieser Änderung letztmalig am 17. Mai 2006 im Ausschuss

das neue Konzept diskutiert beziehungsweise vorgestellt und auf Basis dieses Verkehrskonzeptes sind dann die Verkehrsmaßnahmen in den Bebauungsplänen für Styria Sportklubplatz Fröhlichgasse – Moserhofschlüssel festgelegt worden. Wir haben insgesamt natürlich schon viel mehr umgesetzt. Teil dieses Konzeptes ist etwa die Verlängerung der Linie 4 bis zum Murpark, Teil des Konzeptes ist die Errichtung des Park-&-Ride-Platzes am Murpark, ist auch der Radwegelückenschluss in der Conrad-von-Hötzendorf-Straße und ist unter anderem der Ausbau in der Fröhlichgasse und zwar gibt es zusätzliche Abbiegespuren an der Kreuzung zur Conrad-von-Hötzendorf-Straße und zum Zweiten, dass sehr intensiv auch in den Bürgerveranstaltungen diskutiert wurde, begleitend zur Fröhlichgasse ein Grünstreifen sowie ein Geh- und Radweg. Und diese Maßnahmen sollen mit dem heute zu beschließenden Stück umgesetzt werden, ebenfalls ein Ausweiten durch Abbiegespuren der Einbindung der Fröhlichgasse in die Münzgrabenstraße und des Schönaugürtels in die Conrad-von-Hötzendorf-Straße. Das heißt zusammengefasst, die Maßnahmen, die jetzt umgesetzt werden sollen, entsprechen dem Konzept, das am 17. Mai 2006 im Ausschuss vorgestellt worden ist und auf Basis der veränderten Rahmenbedingungen gemacht wurde und von dem unmittelbar abgeleitet.

GR. **Slamanig**: Danke für die Information.